Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Brockenfeld, Dahlerbrück, Schalksmühle, Brügge, Oberbrügge, Lüdenscheid, Hellwerk, Volme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Rönsahl, Meinerzhagen, Valbert, Müdbofe, Kupferberg, Kreuzberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westfalen. ☐ Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 29 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt Mark 2.70, durch die Boten Mark 3.00, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mark 3.12 | Halver | Dienstag, den 4. Februar. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | 1919

Zwang oder Freiheit?

Aus mittelparteilichen Kreisen erhalten wir nachstehende Zuschrift, die wir nach dem Grundsatz, jede ehrliche Meinung zu Worte kommen zu lassen, veröffentlichen. Bemerken wollen wir, daß der Verfasser ein fleißiger Kopfarbeiter, also kein — Kriegsgewinnler ist.

Der Zukunftsstaat, über den wir uns früher, noch zu Zeiten des Fürsten Bülow, so viel gestritten haben, ohne zu glauben, daß wir ihn noch erleben könnten, steht jetzt wirklich leibhaftig vor uns. Daß wir schon mitten drinnen stünden in dem neuen Volkshaus, um dessentwillen die alte Ordnung beseitigt wurde, läßt sich noch nicht gut behaupten, aber wir befinden uns im Übergangsstadium, im Umzug sozusagen, und der pflegt allemal mit Unbequemlichkeiten mancherlei Art verbunden zu sein. Immerhin, für's erste scheinen diejenigen recht behalten zu sollen, die die Meinung vertraten, daß die sozialistischen Ideale sich nicht mit weniger, sondern nur mit ungleich mehr Zwang würden verwirklichen lassen, als er in der bürgerlichen Gesellschaft üblich und notwendig war.

Hier ein Beispiel: In einer der letzten Sitzungen der Groß-Berliner ASRäte wurde mitgeteilt, daß im Demobilmachungsamt ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden sei, der auch die Bourgeoisie zur Arbeit zwinge. Auch die Bourgeoisie! Also scheint es sich um einen allgemeinen Arbeitszwang zu handeln. Die Arbeiter empfinden es offenbar vielfach als eine Einseitigkeit, daß man ihnen immer nur predigt, wir müßten unbedingt aus dem jetzigen Zustand der Untätigkeit, der Arbeitsunlust herauskommen: „Die Kriegsgewinnler müssen in die Braunkohlen-Industrie" wurde in der Sitzung gerufen, und man wollte sich auch noch nicht recht beruhigen, als versichert wurde, daß selbstverständlich gar kein Unterschied gemacht werden würde in der Einführung der Arbeitspflicht zwischen den verschiedenen Schichten unseres Volkes. Es wurde sogar hinzugefügt, daß, wenn Unternehmer die Produktion hindern sollten, mit schärfsten Mitteln gegen sie vorgegangen werden würde — sie würden sofort sozialisiert werden. Also wieder Zwang: Zwang für den Arbeitgeber, Zwang für den Arbeitnehmer, und das alles in dem Bewußtsein, daß man durch seine Anwendung im Grunde doch nichts Gescheites ausrichten könne. Denn alles mag man mit ihm ersetzen können, nur nicht die — Freiwilligkeit, die doch nun einmal der wirksamste und des freien, selbstbewußten Menschen auch allein würdige Bewegungsfaktor im gesellschaftlichen und gewerblichen Leben ist. Möglich, daß die Kriegsgewinnler durch die Leichtigkeit ihrer mehr oder weniger mühelos erworbenen Verdienste ebenso arbeitsunwillig geworden sind, wie wir das jetzt bei wieder mit Erwerbslosenunterstützung versorgten Arbeitern beobachten müssen. Aber zählen jene nach Hunderten, so diese nach Hunderttausenden. Und feiern die Arbeiter, so hat auch das Heer der Angestellten nichts zu tun, und schließlich muß auch der fleißigste Unternehmer die Hände in den Schoß legen. Die unzähligen Räder, die sonst mit musterhafter Präzision ineinander greifen, geraten in Unordnung, ihr Gang verlangsamt sich, bis das ganze Uhrwerk stillsteht. Ihm dann wieder einen neuen Antrieb zu geben, ist schwer, wenn nicht unmöglich. Man versucht es jetzt mit einem langsamen Abbau der Arbeitslosengelder; aber wie lange können wir dann noch warten? Und bald wird die zugunsten der Kriegsteilnehmer eingeführte Schutzfrist gegen Kündigungen abgelaufen sein — was dann? Zum 1. April rechnet man allein für Groß-Berlin mit der Entlassung von 200 000 Angestellten in Handel und Gewerbe um die Osterzeit; im übrigen Deutschland wird es auch nicht anders sein. Wenn dann nicht wenigstens alle diejenigen arbeiten, für die Arbeitsgelegenheit, sei es auch wo immer, vorhanden ist, was soll dann aus uns allen werden? Wollen sie wirklich erst warten, bis der Zwang kommt, der ein herzlich schlechter Arbeitshelfer ist im Vergleich zur Freiwilligkeit, mit der wir im bürgerlichen Staat im großen und ganzen doch gar nicht übel ausgekommen sind? Kann man nicht wenigstens, im schlimmsten Falle, beide Arbeitsantriebe so miteinander verbinden, daß uns niemand nachsagen kann, wir steuerten mit vollen Segeln in die Sklaverei hinein?

Das frühere System suchte nach Mitteln zum Schutze der Arbeitswilligen. Jetzt sind Bestrebungen im Werke, die Arbeitsunwilligen zu schützen — gegen die Zumutung, ihre Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Es kann unmöglich der Sinn der Revolution gewesen sein, daß wir uns auf diese Weise mit selbsteigener Hand aus der Reihe der Kulturvölker ausmerzen.

Das internationale Arbeitsrecht.

Eine deutsche Forderung für den Weltfrieden.

Amtlich wird nun das schon vom Reichskanzler Prinzen Max von Baden angekündigte internationale Arbeiterschutzprogramm veröffentlicht, das die deutsche Regierung der Friedenskonferenz vorzulegen gedenkt. Die Hauptpunkte betreffen folgende Gegenstände:

Freizügigkeit und Koalitionsrecht.

Der Erlaß von Ein- und Auswanderungsverboten ist unzulässig und die Behinderung des Koalitionsrechtes soll bestraft werden. Kein Arbeiter darf wegen gewerkschaftlicher Handlungen ausgewiesen werden. Es soll eine internationale Arbeitsvermittlung eingerichtet werden, welchem Zwecke eine Arbeitsmarkt-Statistik dienen soll.

Sozialversicherung und Arbeiterschutz.

Die beteiligten Staaten sollen, soweit dies noch nicht der Fall ist, eine Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Betriebsunfall, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit, sowie eine Hinterbliebenen- und eine Mutterschaftsversicherung durchführen. Die Sozialversicherung ist auf die Heimindustrie auszudehnen. Die ausländischen Arbeiter sind während der Dauer ihres Aufenthaltes den inländischen in bezug auf Beiträge und Leistungen der Sozialversicherung grundsätzlich gleichzustellen. Für alle Arbeiter in besonders gefährlichen Betrieben sind in allen Staaten wirksame Vorschriften zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter zu erlassen. Bewährte Schutzvorrichtungen gegen Unfallgefahr und Berufskrankheiten sind alsbald im Wege internationaler Vereinbarung in allen Staaten durchzuführen.

Allgemeiner Achtstundentag.

Die tägliche Arbeitsdauer für alle Arbeiter in gewerblichen Betrieben darf acht Stunden nicht überschreiten. Wechselschichten sind einer besonderen Regelung zu unterziehen. Das Alter für die Zulassung von Kindern zu gewerblicher, industrieller, kommerzieller oder landwirtschaftlicher Lohnarbeit und für die Entlassung aus der Schule wird auf das vollendete 14. Lebensjahr festgesetzt. Für alle jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 18 Jahren ist ein pflichtgemäßer Fach- und Fortbildungsschulunterricht einzuführen. Für gleiche Arbeitsleistung ist Arbeiterinnen der gleiche Lohn wie Arbeitern zu zahlen. Die Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ist gesetzlich zu verbieten für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf die Nachtarbeit angewiesen sind. Den Arbeitern ist generell wöchentlich eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 32 Stunden gesetzlich zu gewährleisten.

Internationale Einrichtungen.

Um auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes die Gesetzgebung der einzelnen Länder unter Berücksichtigung ihrer Eigenart möglichst einander anzupassen und auf dem Gebiete der Sozialversicherung den Arbeitern in allen beteiligten Ländern eine Behandlung, die ihnen möglichst gleichwertige Vorteile bietet, zu sichern, sollen die Vertragsmächte Konferenzen veranstalten, die nach Bedarf, mindestens aber alle fünf Jahre, in Bern zusammentreten werden. Auf den Konferenzen hat jede Macht eine Stimme. Bindende Beschlüsse können nur mit einer Mehrheit von vier Fünfteln der abstimmenden Mächte gefaßt werden.

Die Österreicher in Weimar.

Zum Anschluß an Deutschland.

Wien, 1. Februar.

Nach einer Meldung der Politischen Korrespondenz stellt der veröffentlichte Entwurf der deutschen Reichsverfassung nur Material für die Nationalversammlung dar. Definitive Entscheidungen können nur von der Nationalversammlung, zu der Deutsch-Österreich eingeladen ist, getroffen werden. Die deutsche Regierung hält es für wünschenswert, daß auch von deutsch-österreichischer Seite eigene Entwürfe und Vorschläge gemacht werden. Finanzminister Steinwender erklärte in einer Unterredung, daß der Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland auch finanziell und industriell für beide Länder von Nutzen sein werde. Eine Finanzkatastrophe sei in Deutsch-Österreich nicht mehr zu befürchten. Die deutsch-österreichische Industrie (Schwerindustrie ist nicht darunter) werde von dem Anschluß bei fleißiger Arbeit durch den Bezug billiger Halbfabrikate usw. Vorteil haben.

Vor der Entscheidung in Bremen.

Es wird weiter verhandelt.

Bremen, 1. Februar, abends.

Die Lage ist zur Stunde noch ungeklärt und die Verhandlungen gehen weiter. Die Division Gerstenberg zieht den Ring um Bremen allmählich enger und besteht auf der unbedingten Durchführung der Entwaffnung aller Arbeiter in Bremen. Volksbeauftragter Noske warnt in einem Telegramm an die Bremer Arbeiter dringend vor bewaffnetem Widerstand. Die Arbeiterführer in Bremen haben aber offenbar die Gewalt über ihre Leute verloren. — Es ist zu erwarten, daß gleichartige Reichsexekutionen wie gegen Bremen, auch gegen andere Städte, die sich der Reichsregierung nicht fügen, in die Wege geleitet werden.

Räte und Nationalversammlung.

Ein Kampf um die staatsrechtliche Macht.

Berlin, 1. Februar.

Die Vollversammlung der ASRäte Groß-Berlins hat gestern mit 492 gegen 362 Stimmen ein Beschluß angenommen, in dem vom Zentralrat die schleunige Einberufung eines neuen allgemeinen Rätekongresses verlangt wird. Es wird abzuwarten sein, so wird amtlich zu diesem Beschluß geschrieben, wie sich der Zentralrat, der den Mehrheitswillen der ASRäte ganz Deutschlands vertritt, zu dem Zufalls-Ergebnis einer örtlichen Berliner Versammlung stellen wird.

In der Tat hat das Berliner Abstimmungsergebnis schon deshalb keine Bedeutung, weil die kommunalen ASRäte nach paritätischen Grundsätzen, nicht aber nach dem wirklichen Verhältnis zwischen Mehrheits- und Unabhängigen Sozialisten, wie es die Nationalwahlen klargestellt hat, zusammengesetzt sind.

In einem längeren Artikel nimmt der Vorwärts in scharfen Worten gegen den Beschluß Stellung. Das Blatt weist darauf hin, daß der Rätekongreß für ganz Deutschland mit 400 gegen 50 Stimmen beschlossen hat, daß die Nationalversammlung so schnell wie möglich zu wählen sei. Nun aber sei die Nationalversammlung die alleinige rechtmäßige Vertretung des deutschen Volkes. Die Räte können nicht mit der Nationalversammlung in irgendwelche Konkurrenz treten, sie werden vielmehr wie alle Staatsbürger sich dem ganzen einfügen und unterordnen müssen. Wenn sich die Räte von vornherein in einen Gegensatz zur Nationalversammlung stellen, wenn sie als ihr Nebenbuhler auftreten wollen, so muß es zu einem Kampfe kommen, in dem die Räte kläglich unterliegen müßten. Jedes Streben der Räte nach staatsrechtlicher Macht führt rettungslos in einen blutigen Sumpf. Wesentlich ist, daß die Räte sich auf ihre wirtschaftlichen Aufgaben besinnen.

Die letzten Tage im alten Reiche.

Erinnerungen des Reichstagspräsidenten Fehrenbach.

Der letzte Reichstagspräsident Herr Fehrenbach hat kürzlich in Heidelberg über die innerpolitischen Geschehnisse kurz vor der Revolution interessante Mitteilungen gemacht, denen folgendes zu entnehmen ist. Er führte u. a. aus:

Am 26. September wurde uns im Hauptausschuß vertraulich das Waffenstillstandsangebot Bulgariens mitgeteilt. Was es zu bedeuten hatte, war uns sofort klar. Ludendorff erklärte, daß man im Verlauf von 48 Stunden ein Waffenstillstandsangebot abgeben müsse.

Damit war der Krieg verloren.

Ludendorff hat namentlich im Osten eine unglückliche Politik getrieben. Vom 4. November ab haben wir täglich Beratungen im interfraktionellen Ausschuß gepflogen. Täglich ist das Kapitel von der Abdankung des Kaisers von der Sozialdemokratie zur Sprache gebracht worden. Herr Landsberg erklärte, daß sich die Sozialdemokratie mit der Monarchie abfinde, aber vom Kaiser als dem Träger des jetzt zusammengebrochenen Systems könne keine Rede mehr sein. Und vom Kronprinzen wurde gesagt, daß er selbstverständlich nicht der Nachfolger seines Vaters werden könnte. Die Sozialdemokratie erklärte sich damit einverstanden, daß der

elfjährige Sohn des Kronprinzen Kaiser werden

sollte unter der Regentschaft des Prinzen August Wilhelm. Aber die Verhältnisse waren schon zu weit fortgeschritten. Am 8. November brach in Bayern, am 9. November in Berlin die Revolution aus. An diesem Tage wurde auf Empfehlung des abtretenden Prinzen Max Herr Ebert Reichskanzler. Ich habe Ebert sehr genau und nur sehr vorteilhaft als verständigen, patriotisch denkenden Mann kennengelernt und habe namentlich in den letzten Tagen des Reiches und noch in der Revolution viel mit ihm zu tun gehabt. Am 10. November war der berühmte Sonntag zur Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen. Neben dem neuen Reichskanzler Ebert und seinen Staatssekretären Scheidemann und Landsberg waren noch die Männer der alten Regierung und ich im Kanzlerhause anwesend. Solf verlas die Bedingungen. Hernach wurde uns ein Telegramm Hindenburgs verlesen, worin er ersuchte, alle Bedingungen sofort anzunehmen. Er könne die Armee nicht mehr beieinander halten, sie laufe ihm schon jetzt davon. Sonst sei er genötigt,

mit der ganzen Armee zu kapitulieren.

Ebert stellte nun die Frage: Wer ist dagegen? Da ist jenes furchtbare Schweigen erfolgt! Ich will hoffen, daß ich niemals mehr ein so furchtbares Schweigen erleben werde! Eines darf man nicht vergessen, daß Erzberger, Winterfeldt und Vanselow als Waffenstillstandskommission schon vom Prinzen Max ernannt worden waren. Die Feinde haben bisher mit der jetzigen Regierung in keiner Weise verhandelt. Sie verhandeln nur mit der Waffenstillstandskommission auf Grund der Vollmacht des Prinzen Max. Wenn gesagt wird, daß die Sozialdemokratie den Waffenstillstand gemacht habe, so ist das falsch! Er wurde abgeschlossen durch die alte Regierung.

Daß nach dem Kriege eine scharfe Kritik gegen den Kaiser einsetzen würde — so schloß Fehrenbach —, war mir frühzeitig klar. Mir war auch klar, daß es dem geschicktesten Reichstagspräsidenten nicht gelingen würde, eine derartige Auseinandersetzung zu verhindern. Von der hohen Generalität ist mir erklärt worden, es denke auch von ihr kein einziger mehr daran, dem Kaiser wieder auf den Thron zu verhelfen.

Lokales und Provinzielles.

Kierspe-Bhf., den 4. Februar.

1814 Die Preußen unter York schlagen die Franzosen bei Chalons an der Marne.

☐ **Bauern- und Landarbeiterräte.** Nachdem allgemeine Grundsätze für die Gründung und Tätigkeit der Bauern- und Landarbeiterräte gegeben waren, wurde bei der verschiedenartigen Auslegung, die sie gefunden haben, die Aufstellung näherer Richtlinien für ihre Ausführung nötig. Diese ist durch Rundschreiben des Staatssekretärs des Reichsernährungsamts erfolgt. Hiernach ist an der durch die Wahlordnung bestimmten Zusammensetzung der Bauern- und Landarbeiterräte durch die beiden gleichberechtigten Wahlgruppen der Landbesitzer und der landwirtschaftlichen Arbeiter sowie der allgemeinen, gleichen und direkten Abstimmung der Wahlberechtigten festgehalten. Eine Einschränkung der Wahlberechtigung nach der Größe des Besitzes ist nicht zulässig. Andererseits kann auch der Kreis der in der Gruppe der Arbeiter Wahlberechtigten nur für die der Landwirtschaft besonders nahestehenden Personen und nur unter der Voraussetzung erweitert werden, daß von den landwirtschaftlichen Arbeitern selbst hiergegen kein Einspruch erfolgt. Kleinere Gemeinden können sich zur Wahl zusammenschließen. Nach Vornahme der Wahl genügt eine Anzeige über die Gründung und Zusammensetzung an die Gemeindeaufsichtsbehörde. Die Aufgaben der Bauern- und Landarbeiterräte sind rein wirtschaftlicher Art, eine Ausübung politischer Machtbefugnisse liegt außerhalb ihrer Zuständigkeit, auch die sozialpolitischen Fragen der Landarbeiter- und Lohnregelung bleiben den Verhandlungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen überlassen. Ein Recht der Exekutive steht ihnen nicht zu. Auf der anderen Seite ist ihre Tätigkeit den Behörden gegenüber selbständig und unabhängig. Verschiedentlich haben die Arbeiter- und Soldatenräte eine Einflußnahme auf die Gestaltung und Tätigkeit der Bauern- und Landarbeiterräte versucht. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind jedoch für diese Fragen nicht zuständig.

☛ **Seit heute früh hat die elektrische Stromzufuhr versagt, wodurch auch unser Betrieb in Mitleidenschaft ge-**

zogen wurde. Aus diesem Grunde können wir heute unsere Zeitung nur in beschränktem Umfange erscheinen lassen.

—* Der Oberbürgermeister von Essen warnt vor dem Zuzug von Arbeitskräften aller Art nach Essen weil dort weder Arbeitsgelegenheit noch Ernährung vorhanden sei.

—* Zeichen der Zeit. Die Deutsche Bank in Berlin teilt ihren Kunden mit, daß sie in ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Kontokorrentverkehr folgende Bestimmungen aufgenommen hat: „Die Bank haftet nicht für Schäden, welche durch Störung ihres Betriebes infolge Aufruhrs, Streiks, Aussperrung oder Verfügung von hoher Hand veranlaßt sind." Andere Großbanken dürften dem Beispiel soweit es nicht bereits geschehen, voraussichtlich folgen. Der Umstand, daß auch die Haftung für Schäden, veranlaßt durch Verfügung von hoher Hand, abgelehnt wird, läßt darauf schließen, daß man bankseitig der von der Regierung abgegebenen Erklärung das private Kapital nicht zu beschlagnahmen, mißtrauisch gegenübersteht.

× **Halver**, 4. Febr. Die auf Samstag abend anberaumte Hauptversammlung des Turn-Vereins „Unter den Linden" erfreute sich eines guten Besuches und wurde vom Ehren-Vorsitzenden Carl Jung eröffnet. Derselbe gedachte mit warmen, ehrenden Worten der gefallenen Mitglieder und begrüßte in gleicher Weise die heimgekehrten Krieger. Aus der alsdann getätigten Vorstandswahl gingen hervor Adolf Steller als erster, Otto Ahlhaus als zweiter Vorsitzender, Eugen Crämer als Schriftführer, Wilh. Boß als Kassierer, Hugo Boß als erster, Adolf Hefendehl als zweiter und Adolf Otto als dritter Turnwart, Albert Borneseld als Zeugwart und Herm. Steller, Fritz Stöcker und Rob. Solmecke als Beisitzer. Der vorgesehene Kassenbericht wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Die Turnstunden wurden auf Sonntag nachmittag von 2—4 Uhr festgesetzt.

= **Kierspe**, 2. Febr. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Unterstützungsanträge von Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen und Kriegern in Zimmer 3 des Amtshauses entgegengenommen werden. — Um den aus dem Felde heimgekehrten Handwerkern ausreichende Arbeit zu verschaffen, wird gebeten mit Aufträgen an die Handwerker nicht länger zurück zu halten, sondern die seit Jahren an und in den Häusern notwendigen Ausbesserungsarbeiten alsbald vornehmen zu lassen.

Lüdenscheid, 3. Febr. Die außerordentliche Kreissynode tagte hier in vergangener Woche. Sie war mit Rücksicht auf die Zeitlage von sämtlichen 23 Synodalgemeinden gewünscht worden. Herr Superintendent Kepp-Hülscheid begrüßte die erschienenen Presbyter und Pfarrer. Die Erfahrung lehrt, das die allermeisten Gemeindeglieder für die konfessionell evangelische Volksschule sind. Demgemäß erklärte sich auch die Kreissynode Lüdenscheid mit vollster Entschiedenheit für die konfessionelle (evangelische) Volksschule. Auch hielt man es für notwendig, daß die evangelische Kirche im neuen Staate volle Bewegungsfreiheit für ihre Gemeinden, Organe und Organisationen behält. Dabei soll weitgehende Toleranz gegenüben den Dissidenten geübt werden. Zum Schluß der Verhandlung erhob die Synode ihre Stimme für unsere Kriegsgefangenen, deren trauriges Los die Gemüter erregt. Im Namen der Menschlichkeit und Christlichkeit fordert die Synode Lüdenscheid, daß unsere in Kriegsgefangenschaft befindlichen Brüder, sobald wie möglich, in ihre Heimat zurückkehren dürfen.

Brackerfeld, 3. Febr. In der vorletzten Nacht wurde bei Wilhelm Dahlhaus zu Ehringhausen und bei Ludwig Cramer zu Wengeberg eingebrochen. Bei ersterem wurden Hühner, Kaninchen, Stiefel, Wäsche und Lebensmittel, bei letzterem Kaninchen und Lebensmittel gestohlen. In der Nacht vorher wurde in das Haus des Wirtes Lohmann zu Dahl eingebrochen und Weine gestohlen. In dem Filialgeschäft des August Peter, das sich in demselben Hause befindet, haben die Diebe große Mengen Kolonialwaren, darunter 300 Pfund Zucker, und die Kleidungsstücke der Verkäuferin gestohlen.

Arnsberg, 31. Jan. Die Nachweisung über die in der Woche vom 19. bis 25. Januar amtlich gemeldeten Fälle von übertragbaren Krankheiten im Regierungsbezirk Arnsberg enthält: an Diphterie 70 Erkrankungen 9 Todesfälle, Kindbettfieber 8 Erkrankungen, 2 Todesfälle, Körnerkrankheit 6 Erkrankungen, Lungen- und Kehlkopftuberkulose 113 Todesfälle, Scharlach 28 Erkrankungen, Unterleibstyphus 33 Erkrankungen, 6 Todesfälle Paratyphus 6 Erkrankungen.

Soest, 31. Jan. Als des Mordes an dem Gutsbesitzer Karl Schulze-Müllingsen stark verdächtig wurde hier gestern ein früherer Verwalter des Ermordeten festgenommen.

CB **Düsseldorf**, 2. Februar. Von den Spartakisten sind hier mehrere hervorragende Bürger neuerdings als Geiseln festgenommen worden. Man erwartet einen baldigen Angriff von Regierungstruppen gegen die Stadt. Alle öffentlichen Gebäude, Bahnhofsanlagen und die östlichen Vorstädte sind in Verteidigungszustand versetzt. Die Spartakisten behaupten, der Einmarsch von Regierungstruppen in Düsseldorf habe die Zustimmung der Entente. Düsseldorf liegt in der neutralen Zone.

Köln, 4. Febr. Die britische Behörde hat die Kölnische Zeitung auf 10 Tage und das Kölner Tageblatt auf 8 Tage verboten.

Telegramme und Drahtnachrichten.

Ein neuer Rätekongreß.

Berlin, 1. Febr. Die Mitglieder des Zentralrats sind im Prinzip mit der Einberufung eines neuen Rätekongresses einverstanden. Wo und wann dieser Kongreß, der Ende Februar in Berlin stattfinden soll, zusammentreten wird, soll noch festgesetzt werden. Der Zentralrat ist der Ansicht, daß die Einberufung dieses Kongresses deshalb notwendig ist, weil er die Stellung der A.S.Räte festlegen soll.

Paßzwang für Weimar.

Berlin, 1. Febr. Wer in das Gebiet der Stadt Weimar eintritt oder sich dort aufhält, ist verpflichtet, sich über seine Person durch einen Paß auszuweisen, in dem ihm von der zuständigen Behörde die Erlaubnis zum Aufenthalt in Weimar erteilt ist. Diese Anordnung ist zur Sicherung der Nationalversammlung getroffen worden.

Neuer Spartakusputsch in Sicht.

Berlin, 1. Febr. **Wie von zuverlässiger gutunterrichteter Seite bestätigt wird, bestätigen verschiedene Anzeichen, daß der Spartakusbund zu einem neuen Schlage rüstet. Die Regierung trifft aber alle erforderlichen Maßnahmen, um eine etwaige Spartakusrevolte im Keim zu ersticken. Der Beginn der Revolte wird schon in kurzer Zeit erwartet. Das gesamte Bürgertum soll in wesentlich erweitertem Umfange, wie es bisher der Fall war, zur Bekämpfung der Unruhestifter herangezogen werden.**

Der Widerstand des Bremer Soldatenrats.

Bremen, 1. Febr. Die Verhandlungen zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen gestalten sich sehr schwierig. Der Bremer Soldatenrat macht bekannt, das ganze 9. Armeekorps und die gesamte Arbeiterschaft werde mobil gemacht, wenn Noske nicht seine Truppen zurückzöge.

Erhöhung der Bezüge unehelicher Kinder.

Berlin, 1. Febr. Wie aus dem Justizministerium nahestehenden Kreisen verlautet, ist eine Verordnung zu erwarten, nach der die vom Vater eines unehelichen Kindes zu zahlende Geldrente wesentlich erhöht werden soll.

Französische Machenschaften in der Pfalz.

München, 1. Febr. Der französische Befehlshaber in der Pfalz hat den dortigen Zeitungen befohlen, eine Reihe von Artikeln gegen Deutschland zu bringen, in denen zum Anschluß an Frankreich aufgefordert wird.

Vom polnischen Kriegsschauplatz.

Bromberg, 1. Febr. Amtlich. An allen Teilen unseres Abschnittes herrschte gestern Patrouillentätigkeit. In Rekwalde wurden Bandenansammlungen durch Artilleriefeuer vertrieben. Ein Erkundungsvorstoß bei Exin stellte stärkere Besetzung bei Schepitz fest.

Revolutionärer Charakter der englischen Arbeiterbewegung.

Rotterdam, 1. Febr. Die Arbeiterbewegung in England nimmt revolutionären Charakter an und breitet sich über das ganze Land aus. In allen Städten wird die Schutzmannschaft verstärkt. Die Regierung will die offensichtlich bolschewistische Bewegung mit allen Kräften niederhalten. Belfast und andere Mittelpunkte der Industrie sind in der Gewalt der Streikenden.

M.-G.-V. Liedertafel
Halver.

Samstag, den 8. Febr., abends ½9 Uhr

Hauptversammlung

im Vereinslokal.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht.
2. Jahresbericht.
3. Vorstandswahl.
4. Ehrenmitglieder.
5. Verschiedenes.

Um allseitiges pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

NB. Die Ehren- und passiven Mitglieder sind freundl. eingeladen.

Bommerter Wehrverein.

Sonntag, den 9. Febr., nachm. 5 Uhr

Generalversammlung

bei Gastwirt Funke, Wilhelmshöh.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgemacht.

Um allseitiges Erscheinen bittet. **Der Vorstand.**

Zwei Hammerschmiedemeister

auf Rübenhacken- :-: Maurerkellen etc. :-:

finden sofortige Einstellung.

Aug. Grote, Oberbrügge.

Suche zum sofortigen Eintritt einen

Packer

für Kaffeemühlen.

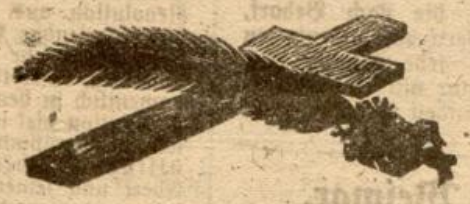
C. H. Steinbach,
Oberbrügge.

Sämtliche

Zeitschriften und Bücher

liefert zu Verlegerpreisen die Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver



An einem schweren, inneren Leiden starb am 2. ds. Mts. plötzlich unser

Lagerarbeiter

Hugo Halverscheid

zu Schalksmühle

im Alten von fast 47 Jahren.

In jahrelanger, treuer Pflichterfüllung hat es der Verstorbene verstanden, nicht nur die Liebe und Freundschaft seiner Mitarbeiter, sondern in höchstem Masse auch das Wohlwollen und die Wertschätzung seiner Vorgesetzten zu erwerben. Wir alle bedauern aufrichtig diesen erneuten, schmerzlichen Verlust.

Schalksmühle, den 3. Febr. 1919.

Die Inhaber und Arbeiter der Firma Gebr. Jaeger.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) in Verbindung mit §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) ordne ich unter Zustimmung des Bezirksausschusses zu Arnsberg für den Umfang des hiesigen Regierungsbezirks Nachstehendes an:

Wer unberechtigter Weise auf fremdem Jagdgebiet außerhalb der geschlossenen Ortschaften und der Gehöfte sowie außerhalb der öffentliche Wege Hunde ohne Aufsicht frei umherlaufen läßt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft.

Daneben behält es bei den bestehenden Bestimmungen über das Töten herrenlos herumlaufender Hunde durch Jagd- oder andere Berechtigte sein Bewenden.

Der Regierungspräsident kann für einzelne Ortschaften oder weitere Gebiete die Anwendung dieser Verordnung (Abs. 1) außer Kraft setzen.

Arnsberg, den 27. November 1918.

Der Regierungspräsident: J. V. Pfeffer.

Vorstehende Polizei-Verordnung wird hiermit erneut veröffentlicht.

Die Sicherheitsbeamten sind angewiesen, Uebertretungen zur Anzeige zu bringen.

Halver, den 31. Januar 1919.

Der Amtmann.

Achtung! Achtung!

Bürger! Arbeiter! Männer! u. Frauen!

Jeder politisch Denkende muß am

Mittwoch abend 8 Uhr „Hotel zur Fuhr"

zu der großen

Volksversammlung

kommen.

Genosse **Lehrer Schneider-Hagen**

spricht über:

„Spartakus oder Unabhängig oder Mehrheitssozialisten?!"

Freie Diskussion.

Anschließend Besprechungen über:

„Gemeinderatswahlen".

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Halver.

Vom Heeresdienst entlassen habe ich meine

Stein- und Bildhauerei

wieder eröffnet. Halte mich im Anfertigen von **Grabdenkmälern von den einfachsten bis zu den modernsten Formen in allen gebräuchlichen Steinarten, sowie in allen sonstigen einschlägigen Arbeiten bestens empfohlen.**

Hochachtend

Peter Horn, Bildhauer,
Wipperfürth, Unterestr. 52.

Amt Halver. **Fundsache.**

Am 31. ds. Mts. ist in der Hagenerstr. **eine Geldbörse mit Inhalt** gefunden worden.

Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer 9, **geltend zu machen.**

Halver, den 31. Januar 1919.

Der Amtmann.

Glattes, ziemlich astfreies

Eschen-, Eichen-, Buchen-

Stammholz

über 15 cm Durchmesser kaufen

Gebr. Dahlhaus
Stephanshohl b. Brügge.

Ein zuverlässiges

Mädchen

für meinen Haushalt gesucht.

Frau Max vom Brocke,
Frankfurterstraße 25.

Bettstelle mit Matratze und etwas Bettwerk sowie ein Tisch

preiswert zu verkaufen.

Carl Jung, Halver,
Hochstraße 5.

Ein guterhaltenes **Bett sowie eine Nachtkonsole einen 2türigen Kleiderschrank und Kleiderreck** ist preiswert zu verkaufen. — Wo sagt die Geschäftsst d. Allg. Anz. Halver.

Wasserdichte Pelerine

fast neu, ein paar neue

Schnürstiefel

preiswert zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäftsstelle des „Schalksm. Gen.-Anz." Schalksmühle Bahnhofstr. 9a.

Taschenlampen

sowie

gute Batterien

sind wieder vorrätig.

Wilh. Bell jr., Halver.

Auf dem Wege von **Lüdenscheid nach Oberbrügge** eine

Bernsteinkette

verloren.

Wiederbringer erhält Belohnung. Abzugeben bei

Adolf Hamel, Oberbrügge.